



**Interpellation von Anna Bieri
betreffend Umsetzung der Revision des Raumplanungsgesetzes
vom 4. März 2013**

Kantonsrätin Anna Bieri, Hünenberg, hat am 4. März 2013 folgende Interpellation eingereicht:

Am 3. März 2013 hat das Schweizer Volk mit einem Ja-Anteil von 62.9 Prozent die Revision des Raumplanungsgesetzes angenommen. Dabei fällt auf, dass Zug mit 71.4 Prozent von allen Kantonen den höchsten Ja-Anteil erreichte. Dieses Ergebnis lässt verschiedene Interpretationen zu. Offensichtlich bereitet die grosse Bautätigkeit, die mit einem grossen Verlust von wertvollem Kulturland verbunden ist, der Zuger Bevölkerung Sorgen. Unser Kanton befindet sich in einem gewissen Dilemma zwischen wirtschaftlicher Prosperität, Wachstum und steuerlicher Attraktivität einerseits und Verarmung der Landschaft, Grünflächenverlust sowie knappem Raum für Landwirtschaft, Erholung und natürlicher Lebensräume für Fauna und Flora andererseits.

Da die Umsetzung der Raumplanungsgesetzgebung in erster Linie Sache der Kantone ist, stellt sich für die Zuger Regierung und das Parlament die Frage, wie das revidierte Gesetz genutzt werden kann, sich vertieft mit der Weiterentwicklung unseres Lebensraumes zu befassen.

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Regierungsrat die folgenden Fragen stellen:

1. Wo besteht nach dem klaren Volksverdikt bei der Zuger Raumplanung Handlungsbedarf?
2. Der Bundesrat schreibt in der Abstimmungsvorlage, dass die Kantone zunächst die kantonalen Richtpläne anzupassen hätten. Wie und bis wann gedenkt der Regierungsrat diese Umsetzung vorzunehmen? Setzt er sich dabei Fristen? In welcher Form werden dabei die Gemeinden und der Kantonsrat eingebunden sein?
3. Das revidierte Raumplanungsgesetz bezweckt eine klarere Trennung von Gebieten, die überbaut werden können und solchen, die „grün“ bleiben sollen. Es wird eine kompakte Siedlungsentwicklung gefordert. Brachliegende Flächen in den Bauzonen sollen besser genutzt werden. Überdimensionierte Bauzonen müssen redimensioniert werden. Zudem erhalten die Fruchtfolgefleichen einen höheren Stellenwert. Wo sieht hier der Regierungsrat Handlungsbedarf und wie will er diese Ziele erreichen?
4. In welcher Form und in welcher Höhe gedenkt der Regierungsrat die vom Volk beschlossene Mehrwertabschöpfung umzusetzen?